

„Wandel durch Annäherung“: Zur Nachhaltigkeit einer politischen Formel

Veröffentlicht in: Peter Brandt/Reiner Braun/Michael Müller (Hgg.): Frieden! Jetzt! Überall. Ein Aufruf, Frankfurt am Main 2019, S.190-194.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, die zu weiten Teilen auch auf ein Versagen weltlicher und kirchlicher Eliten angesichts des Nationalsozialismus zurückzuführen war, entstanden in der evangelischen Kirche der jungen Bundesrepublik drei Sorten von „Denklaboren“, die es sich zur Aufgabe machten, nach innen die Demokratie und nach außen den Frieden zu wahren, zu sichern und zu erneuern. Diese Denklabore waren das Evangelische Studienwerk Villigst e.V., die amtskirchlichen Kammern und Kommissionen und die Evangelischen Akademien. Ein wesentlicher Beitrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu Frieden und Versöhnung war im Jahr 1965 die so genannte „Ostdenkschrift“ der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, deren ausführlicher Titel lautete: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“.¹

Bereits zwei Jahre vorher, am 15. Juli 1963, hatte in der Evangelischen Akademie Tutzing der SPD-Politiker und Vertraute des späteren Bundeskanzlers Willy Brandt (1913-1992), Egon Bahr (1922-2015), das Denklabor „Evangelische Akademie“ genutzt, um eine folgenreiche Formel öffentlich zu Gehör zu bringen: **„Wandel durch Annäherung“**.² Diese Formel, geäußert zur Hoch-Zeit des Kalten Krieges, nicht lange nach der bedrohlichen Kuba-Krise 1962, war innovativ und befruchtete die damalige Politik zunächst langsam und unmerklich,

¹ Vgl. zu dieser Denkschrift etwa Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten: Erinnerungen, Berlin 1997, S.180-184.

² Egon Bahr: „Das musst du erzählen“: Erinnerungen an Willy Brandt, Berlin 2014, S.45f.

seit dem Regierungswechsel hin zur sozial-liberalen Koalition im Jahr 1969 aber mit einer unwiderstehlichen Dynamik.³

„Wandel durch Annäherung“ – was besagt dies eigentlich? Es sei zunächst vermerkt, dass selbst in der SPD Vorbehalte gegen die Formel laut wurden. Herbert Wehner (1906-1990) etwa bezeichnete sie als „bahren [!] Unsinn“⁴. Nach und nach aber setzte die Formel sich durch und prägte die Politik der späten 60er und der frühen und mittleren 70er Jahre. Die ihr zugrundeliegende Idee war: Wer will, dass sich die Dinge zum Guten verändern, der muss sich selbst bewegen. Der muss auf die je andere Seite zugehen, ihr die Hand zur Verständigung, wenn nicht sogar zur Versöhnung entgegenstrecken. Wer den Eisernen Vorhang in Europa und die Mauer aus Stacheldraht und Stein in Berlin überwinden will, der muss deutlich signalisieren, dass er Frieden und Entspannung wünscht und keine Ausdehnung oder gar Eskalation von Konflikten. Wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten – und nicht den Krieg, auch wenn ein lateinisches Sprichwort („si vis pacem para bellum“) dies der Politik viele Jahrhunderte lang vorgab.

Als Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, war nur wenigen bewusst, dass der Architekt seiner Friedenspolitik in vielerlei Hinsicht der eher im Hintergrund agierende Egon Bahr war. Willy Brandt aber gelang es, in einem nicht-sprachlichen Zeichen, nämlich in der stummen, symbolischen Geste des Niederkniens am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos, den „Wandel durch Annäherung“ zeichenhaft sichtbar zu machen. Diese Geste zeigte eindrucksvoll: Da bittet ein Mensch, und zwar einer, der unstrittig an der

³ Edgar Wolfrum: Die geglättete Demokratie: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S.201, 314. Edgar Wolfrum weist auf einen weiteren programmatischen Begriff hin, der mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ von Anfang an und später durchgehend verbunden wurde: **„Politik der kleinen Schritte“** (a.a.O., S.201). Bezeichnete die erste Formel die politische Strategie, so kennzeichnete die zweite die Taktik der Umsetzung dieser Strategie: Annähern kann und sollte man sich nicht in großen Sprüngen, sondern in kleinen, für beide Seiten nachvollziehbaren Schritten. Ein weiteres Element der Umsetzung waren die 1975 in Helsinki erstmals namentlich benannten **„vertrauensbildenden Maßnahmen“**.

⁴ Egon Bahr, a.a.O., S.46.

Katastrophe des Dritten Reiches keine Schuld trug, stellvertretend für sein Volk um Vergebung für die deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs. Da symbolisiert ein Politiker öffentlich Demut und Friedfertigkeit, und es gelingt ihm, durch seine Symbolhandlung zu Frieden und Entspannung beizutragen.

Parallel zu dieser Geste wurde diplomatisch verhandelt und wurden rechtsverbindliche Verträge geschlossen. Die „Ost-Verträge“ trugen zu einem **Klima des wachsenden Vertrauens** zwischen Ost und West bei.⁵ Ein wichtiger Schritt war sodann 1975 die Schlussakte von Helsinki, die den Prozess der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) zu einem beachtlichen und folgenreichen Abschluss brachte. Die Annäherung bewirkte tatsächlich Wandel, und aus dem Wandel wuchs Vertrauen zwischen den Menschen, Völkern und Staaten auf den beiden Seiten der in zwei große Blöcke geteilten Welt. Vertrauen ist friedenspolitisch gesehen ein sehr kostbares Gut. Wo Vertrauen entsteht, da wird innerhalb einer potenziell konfliktiven Situation zumindest eine „Sicherheitspartnerschaft“ möglich. Wer einander vertraut, der muss nicht gegeneinander aufrüsten. Abrüstung ist politisch möglich und wird zumindest wahrscheinlicher in einem Klima des gegenseitigen Vertrauens.

Ende der 70er Jahre begann allerdings aus unterschiedlichen Gründen zunächst eine neue Phase des Kalten Krieges. Die von der Sowjetunion nach und nach in Osteuropa stationierten SS-20-Raketen gefährdeten nicht nur nach Meinung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (1918-2015), der Willy Brandt 1974 im Amt nachgefolgt war, die Sicherheit im geteilten Europa, weil sie das militärische Gleichgewicht störten. Helmut Schmidt gab mit einer Rede im Herbst 1977 den Anstoß für den sogenannten „NATO-Doppelbeschluss“, der am 12.12.1979 von der NATO gefasst wurde – übrigens zunächst durchaus gegen den Widerstand der US-amerikanischen Administration um Präsident Jimmy Carter (geb. 1924). Die dem Doppel-Beschluss zugrundeliegende konstruktive Idee

⁵ Egon Bahr, a.a.O., S.133-138.

lautete: Der Westen verhandelt mit dem Ostblock, um den Abzug der SS-20-Raketen zu erreichen. Sollte kein Abzug erfolgen, werde die NATO unter Führung der USA in Westeuropa Pershing II-Raketen und Cruise Missiles stationieren. Es war also keine Automatik der „Nachrüstung“ beschlossen worden, sondern eine Konditionierung: **Wenn** die Verhandlungen zwischen den zwei Blöcken nicht zum Erfolg führen, **dann** wird die Stationierung erfolgen. Und die zeitliche und sachliche **Priorität lag bei den Verhandlungen**. Natürlich konnte diese Politik ihr Ziel nur erreichen, wenn die Verhandlungen mit ausreichender Ernsthaftigkeit betrieben wurden, um tatsächlich zur erfolgreichen Abrüstung zu gelangen.

Weltpolitisch änderte sich zwischen 1980 und 1982 vieles: Präsident Carter wurde 1980 in den USA von Präsident Ronald Reagan (1911-2004) abgelöst, der vielen Beobachtern als „Falke“ und Hardliner galt. Helmut Schmidt unterlag durch ein konstruktives Misstrauensvotum am 1.10.1982 dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl (1930-2017), der in einer vorgezogenen Bundestagswahl am 6.3.1983 einen großen Wahlsieg errang und bis 1998 Bundeskanzler bleiben sollte. Auch verstarb am 10.11.1982 der „Kreml-Chef“ Leonid Iljitsch Breschnew, so dass die Weltpolitik es mit vielen neuen Akteuren zu tun bekam.

In der Folge brachten die Abrüstungsverhandlungen kein Ergebnis, und die Stationierung der US-amerikanischen Waffensysteme erfolgte ab dem Herbst 1983. Der „Wandel durch Annäherung“ schien Vergangenheit geworden zu sein, Konfrontation war offenbar das Gebot der Stunde.

Seit Ende der 70er Jahre hatte sich in der Bundesrepublik als Reaktion auf den NATO-Doppelbeschluss allerdings eine immer breiter werdende **Friedensbewegung** formiert, die sich mit Demonstrationen, Unterschriften-Aktionen („Krefelder Appell“), Menschenketten, Fastenaktionen, Sitzblockaden und vielen weiteren phantasievollen Aktionen dafür einsetzte, die Nachrüstung zu verhindern. Dies gelang nicht. Die pazifistische Parole der Friedensbewegung **„Frieden schaffen ohne Waffen“** unterlag der realpolitisch klüger klingenden

Formel Helmut Kohls **„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“**, die dem CDU-Kanzler ebenso wie dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan von vielen Menschen indes nicht geglaubt wurde.⁶ Nahm man die Formel jedoch beim Wort, setzte sie ebenfalls auf Wandel durch Annäherung und auf Abrüstung.

Die weltpolitische Situation Mitte der 80er Jahre war komplex: Die Sowjetunion und der Ostblock insgesamt hatten sich durch jahrelange militärische Aufrüstung, durch Korruption und Misswirtschaft selbst entscheidend geschwächt. Der seit 1985 im Kreml regierende Michael S. Gorbatschow (geb. 1931) setzte innenpolitisch auf „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (wirtschaftlichen Umbau) und erreichte außenpolitisch ausgerechnet im Zusammenspiel mit der konservativen Reagan-Administration Entspannung durch Abrüstung. Das geteilte Deutschland und das geteilte Europa sollten schon bald die Früchte dieser Bemühungen ernten.

Interessant war, dass sich auch in der DDR seit Beginn der 80er Jahre eine Friedensbewegung unter dem Motto „Schwerter statt Pflugscharen“ entwickelt hatte. Die jährlichen Friedensdekaden im November gerieten zu Höhepunkten des gewaltfreien Widerstands gegen das SED-Regime. Friedensgebete wurden 1989 zum Ausgangspunkt der Leipziger „Montagsdemonstrationen“. So konnte die DDR-Friedensbewegung den Fall der Mauer und das Ende des Kalten Krieges als ihren eigenen Erfolg verbuchen, während sich in Westdeutschland die eher gegenläufige Sicht durchsetzte, die punktgenaue Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses und somit die Niederlage der Friedensbewegung habe den Zusammenbruch des Ostblocks bewirkt. Die Wahrheit war wohl differenzierter

⁶ Sowohl in den Debatten vor der Bundestagswahl 1983 als auch in den parlamentarischen Aussprachen des Jahres 1983 herrschte ein konfrontativer, hitziger Stil. Wenn Bundeskanzler Kohl etwa die Bundeswehr als „größte deutsche Friedensbewegung“ bezeichnete, fühlten die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses sich verhöhnt und verletzt. Wenn der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Bundestag die These vertrat, der „Pazifismus der 30er Jahre“ habe Auschwitz erst möglich gemacht, dann verwechselte er nicht nur „Appeasement“-Politik und Pazifismus miteinander, sondern beleidigte Menschen, die sich damals als Pazifistinnen und Pazifisten verstanden, sei es aus christlicher oder aus säkularer Motivation.

und gibt beiden Seiten ein Stück weit Recht: Die grenzüberwindende Verbundenheit der deutsch-deutschen Friedensbewegung trug jedenfalls dazu bei, ein Stück Vertrauen in das politische Gegenüber zu bewahren und somit Entspannungspolitik fortzuschreiben. Dies diente letztlich auch dazu, den Boden für die deutsche Einheit zu bereiten.⁷ Das Vertrauen der Deutschen auf der einen Seite der Grenze in den Friedenswillen der Deutschen auf der anderen Seite war auch eine späte Frucht der Entspannungspolitik der 70er Jahre. Mit einem Wort: Der „Wandel durch Annäherung“ war **nachhaltig** gewesen. Er wirkte fort bis 1989/90. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Teilung Europas begann eine Zeit, die mit dem Begriff **„Friedensdividende“** gekennzeichnet wurde. Abrüstung wurde möglich, und sie wurde auch tatsächlich umgesetzt.

Allerdings ergaben sich in der Folgezeit neue Herausforderungen. Der Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington warnte seit 1993 vor einem **„Clash of Civilizations“** (=Kampf der Kulturen), und ein gefährlicher islamistischer Terrorismus breitete sich international aus. Die Anschläge vom 11. September 2001 zeigten dessen grenzenlosen Hass auf den Westen, und bis heute gelang es nicht, den Sumpf dieses Terrorismus auszutrocknen. Wer den tödlichen Kampf der Kulturen verhindern will, der muss heute den **Dialog der Kulturen und Religionen** fördern. Auch diese Dialog-Aufgabe kann man vielleicht unter das Stichwort „Wandel durch Annäherung“ stellen. Wer miteinander redet und verhandelt, der sucht die Nähe des Anderen. Er respektiert dabei die Andersheit des Anderen und ist wohl beraten, die Annäherung in einer „Politik der kleinen Schritte“ zu vollziehen und mit „vertrauensbildenden Maßnahmen“ zu verbinden. Aufrichtigkeit, Respekt und Augenmaß sind dabei unerlässlich.

⁷ Eberhard Martin Pausch: Artikel „Frieden, Friedensbewegung“, in: Evangelisches Staatslexikon, Neuausgabe, hg. von Werner Heun, Martin Honecker, Martin Morlok, Joachim Wieland, Stuttgart 2006, Sp. 664-673.

Egon Bahrs Formel „Wandel durch Annäherung“ ist darum auch für die heutige Friedenspolitik noch hilfreich und orientierend. Sie besagt im Kern: Ich suche das Gespräch und die behutsame Annäherung an ein Gegenüber, das mir fremd ist und vielleicht auch bedrohlich vorkommt. Ich hoffe darauf, dass eine Verständigung möglich ist. Ich weiß sehr wohl darum, dass nicht mit jedem Gegenüber eine solche Politik umsetzbar ist. Mit Hitler und Stalin wäre dieses Konzept nicht erfolgversprechend gewesen. Und in der Gegenwart wird man den „Islamischen Staat“ wohl kaum auf diese Weise überzeugen können. Die Formel bezeichnet also kein Allheilmittel.

Aber das Konzept **„Wandel durch Annäherung“** lässt sich politisch sehr gut verbinden mit dem Leitbild des „gerechten Friedens“, für das die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland werben. Es ist auch anschlussfähig an die von der Friedensforschung empfohlene Maxime: „Wenn du den Frieden willst, bereit den Frieden vor“.⁸ Es bildet Vertrauen. Es führt zur Entspannung. Es macht (in bestimmten historischen Kontexten) Abrüstung möglich. Die Bahr'sche Formel ist somit alles andere als „bahrer Unsinn“. Sie ist nachhaltig. Sie verdient es, immer wieder neu politisch erprobt zu werden. Sie ist ein lohnendes Wagnis – so wie die Demokratie selbst.

Dr. Eberhard Martin Pausch

⁸ Zur Konvergenz des Leitbildes vom gerechten Frieden mit der genannten Maxime vgl. die gültige Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahr 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, hg. vom Rat der EKD, Gütersloh 2. Aufl. 2007, S.51f.